

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	35. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	7. Februar 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

20.

Punkt 19 der Tagesordnung: Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Stadt Karlsruhe

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2016/0814

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf:

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich möchte mit wenigen Worten erklären, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Weil wir kommunale Arbeitspolitik können. Mit unserem Antrag wollen wir den politischen und fachlichen Sachverstand in eine Schale werfen und für weitere Verbesserungen in der Versorgung von Arbeitslosen sorgen. Unseren politischen Sachverstand haben wir bereits mit der Einrichtung des Gesamtkonzeptes „Arbeit“ bewiesen. Zum ersten Mal geht die Zahl von Langzeitarbeitslosen in Karlsruhe nachhaltig zurück. Zudem haben wir, als fachliche Säule, die Arbeitsförderungsbetriebe der Stadt Karlsruhe als einen der wichtigsten Akteure auf dem Karlsruher Arbeitsmarkt an unserer Seite. Jetzt geht es darum, eine weitere und passgenaue Anwendung der Eingliederungsinstrumente und Maßnahmen des Jobcenters, auf die Karlsruher Bedürfnisse zu erreichen. Ich werde es ganz stark kürzen, eigentlich wollte ich noch ein bisschen schimpfen. Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion begrüßt die Antwort der Stadtverwaltung. Wir freuen uns auf die Diskussionen im Aufsichtsrat der Arbeitsförderungsbetriebe der Stadt Karlsruhe.

Der Vorsitzende: Das war jetzt eine gute Ankündigung.

Stadtrat Dr. Dogan (CDU): Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters ist ein wichtiges Programm, und das Jobcenter leistet seit Jahren sehr gute Arbeit, die wir anerkennen und wertschätzen, gerade wenn es um Eingliederungsleistungen, wie Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung etc. geht. Dabei ist auch zu bedenken, dass das Job-

center bzw. die Stadt Karlsruhe, hier Aufgaben, die sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit erfüllen können, ausüben, aber eben in einer gewissen Abhängigkeit und Verzahnung, mit den Mitteln, die dann vom Bund jährlich eingestellt werden. Daher ist eine vorausschauende Planung oder Strategie über Jahre hinweg, der Sache nach, nicht möglich. Aber wir freuen uns und sind auf das Konzept gespannt, das vom Jobcenter den Arbeitsförderungsbetrieben vorgestellt wird und danken jetzt schon für die Vorleistung.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich will jetzt die Zeit nicht überstrapazieren. Wir unterstützen ausdrücklich diesen Antrag, und er braucht eine vertiefte Diskussion im Fachausschuss. Aber nur soviel hier im Gemeinderat: Es ist dringend notwendig, dass der regionale Gedanke hier stärker greift und insbesondere regionale Programme, die auf die Region zugeschnitten sind, geleistet werden und nicht vom grünen Tisch aus Berlin gemacht werden. Unser Hauptproblem in dem Fall ist nämlich, dass der Bund die Handlungsfelder für die Vergaben vorgibt. Es geht uns jetzt alle an, alle politischen Parteien. Der Kollege Borner hat zu recht gesagt: Wir Kommunalen, wir können es, und was wir brauchen ist Geld. Deshalb sollte hier dringend auf Bundesebene mehr Gestaltung und Verantwortung an die Kommunen abgegeben werden. Ich denke, wir sollten versuchen, mit allen Möglichkeiten, die wir haben, auf das Jobcenter einzuwirken, damit wir, für eine sehr wichtige Aufgabe, sinnvoll Geld ausgeben.

Stadtrat Jooß (FDP): Ganz kurz: Ich denke, der Antrag ist gut, wichtig und richtig. Ich begrüße ausdrücklich, was Michael Borner gesagt hat. Nur habe ich meine Zweifel, langfristige Planung ist gut, Vorschau ist super, nur ob wir das mit den Vorgaben von Bund und Land machen können, da habe ich ein bisschen meine Bedenken. Aber wir stimmen dem Antrag voll umfänglich zu.

Der Vorsitzende: Gut, dann werden wir so verfahren. Der zuständige Dezernent hat mir gerade berichtet, am 5. April kommt er schon auf die Tagesordnung des Aufsichtsrates und bekommt dort auch angemessen Zeit. Wenn dann darüber hinaus, noch eine Befassung im Gemeinderat oder an einer anderen Stelle gewünscht ist, dann werden Sie das dort gemeinsam diskutieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
16. Februar 2017